

Pressemitteilung

Videokonferenz mit Kultusminister Tonne und Vertreterinnen der Berufsvereinigung der Kindertagespflegepersonen e.V. aus Niedersachsen

Am 26.11.2020 haben sich Vertreterinnen des Arbeitskreises Niedersachsen der Berufsvereinigung der Kindertagespflegepersonen e.V. (BvK e.V.) in einer Onlinekonferenz erneut mit dem Niedersächsischen Kultusminister Grant Hendrik Tonne getroffen, um über die Entwicklung der Kindertagespflege in Niedersachsen zu sprechen. Ein erstes Gespräch fand bereits 2018 statt.

Die Kindertagespflege stellt in Niedersachsen einen nicht unbedeutenden Teil der Kinderbetreuung dar. Gerade im Bereich der 0-3jährigen befinden sich über 20% der betreuten Kinder in Niedersachsen in Kindertagespflege, Tendenz steigend. Dabei zeigt sich jedoch auch, dass die Bedingungen für Kindertagespflege im Land stark schwanken. Daher fordert die BvK e.V. einheitliche Mindeststandards in Niedersachsen. Dazu zählen u. a. die finanzielle Absicherung durch Mindestvergütungssätze, bezahlte Vor- und Nachbereitungszeit und die Umsetzung von praktikablen Vertretungsmodellen. Der Kultusminister zeigte Verständnis für diese Forderungen und stellte klar, dass für ihn einfache Empfehlungen für die Regelungen in der Kindertagespflege nicht ausreichend sind. „Wir wollen es machen“ sagte er deutlich und wies darauf hin, dass mit der Novellierung des KiTaG die Kindertagespflege unbedingt ins Gesetz aufgenommen werden soll. Damit wäre ein weiterer Schritt getan, die Kindertagespflege auf sichere Füße zu stellen. Er stellte jedoch auch klar, dass die Tätigkeit der Kindertagespflegepersonen „mit allen Vor- und Nachteilen einer Selbstständigkeit“ erhalten bleiben wird.

Das Thema Corona lies auch dieses Gespräch nicht aus. Der Kultusminister wies darauf hin, dass Niedersachsen als einziges Bundesland ein Szenario B für den Bereich der frühkindlichen Bildung hat. Da aber die Einflussnahme des Landes auf den Bereich der frühkindlichen Bildung nur gering ist, können keine detaillierten Handlungsempfehlungen für die Kindertagespflege vorgeschrieben werden.

Abschließend haben sich die Gesprächsteilnehmer*innen ausdrücklich für einen zukünftigen, weiterführenden Austausch ausgesprochen.